ung in den Familien erwartet wurde, wir dann aber feststellen mussten, dass das eben in vielen Familien wegen der Notwendigkeit, berufstätig zu sein, und wegen eigener Bildungsferne nicht in dem erforderlichen Maße möglich war. Jetzt können die Ganztagsschulen, die Ganztagsangebote, genau an dem Punkt ansetzen. Zu Beginn unserer Regierungszeit gab es 150 Ganztagsschulen, heute gibt es fast 1 000 Ganztagsschulen. Auf diesem Feld haben wir konkrete Erfolge nachgewiesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Die Bereitschaft zum Studium wecken wir nicht, indem wir Ängste verbreiten, sondern indem wir sagen: Investition in Bildung, in die eigene Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft, und die bringt die höchsten Zinsen. Sie sollten den jungen Leuten Zuversicht vermitteln und Mut machen, aber nicht Ängste verbreiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 1 a liegen mir nicht vor. - Wir kommen, wie bereits angekündigt, zur gemeinsamen Beratung der **Tagesordnungspunkte 1 b und 1 c**.

Verschleiern und vertuschen - unseres Erachtens setzt die schwarz-gelbe Atompolitik Gesundheit und Zukunft der Niedersachsen aufs Spiel - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1653

Atomkraft vor dem Aus - „die Geschichte einer Lüge, die mit immer neuen Lügen umstellt wurde“ (Die Zeit, 10.09.2009) - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1654

Ich erteile dem Kollegen Tanke von der SPD-Fraktion das Wort.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Herr Tanke, ein neues Hemd? - David McAllister [CDU]: Schwarz-gelb! - Björn Thümler [CDU]: Borussia Dortmund!)

Detlef Tanke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verschleiern und Vertuschen sind die Hauptbeschäftigung der Landesregierung in Sachen Energiepolitik - und auch von Ihnen, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen im Landtag. Denn es geht Ihnen nicht um eine sachorientierte Lösung oder eine zukunftsfähige Ausrichtung der Energieversorgung. Ihnen geht es nur darum, Ihre Fehler und Ihre wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Atomindustrie zu kaschieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Sie sind auf dem Irrweg! - Heinz Rolfes [CDU]: Phrasendrescher!)

Ein beredtes Beispiel, Herr Kollege Thümler, ist die gerade von Greenpeace ausgegrabene PRGS-Kommunikationsstrategie, in der es heißt, dass man CDU und FDP in ihrer Argumentation pro Kernenergie angesichts des großen Widerstandes gegen diese Technologie neue Argumentationshilfen liefern muss. Das zeitigt leider schon erste Erfolge: Herr zu Guttenberg lässt eine Studie in Auftrag geben, um neue Reaktortypen zu erforschen. Frau Schavan hat mal wieder in der Schublade nachgeschaut und eine Studie in Auftrag gegeben, in der geprüft werden soll, wie man Atomkraft länger nutzen kann.

(Björn Thümler [CDU]: Sie sollten die Studie mal lesen, dann würden Sie sie auch verstehen! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie sind nicht daran interessiert, eine zukunftsweisende Wende in der Energiepolitik herbeizuführen; Sie sind in Ihrer ideologischen Verbohrtheit bei der Atompolitik zu keiner Erneuerung fähig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Sie haben doch keine Ahnung! Sie müssen mal richtig lesen! - Heinz Rolfes [CDU]: Sie müssen gerade reden! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Herr Kollege Thümler, ich empfehle Ihnen, einmal Seite 46 - rechts oben - zu lesen.

(Björn Thümler [CDU]: Lesen Sie mal die Seiten 43 bis 50!)

Ihre Fraktionen verschleiern und vertuschen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, indem Sie Zeugen aus der Mitte des letzten Jahrhunderts vorladen, die inhaltsleere Aussagen ma-

chen. Sie lassen es zu, dass Minister Sander vom NMU seine Akten erst bis Ende dieses Jahres - nach Weihnachten - abliefert. Das lassen Sie einfach zu.

(Ulf Thiele [CDU]: Und was ist mit dem Bundesumweltminister?)

Ich sage Ihnen: Der Einzige, der bisher alle Akten geliefert hat, ist der Bundesumweltminister - vielen Dank für das Stichwort, Herr Thiele.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Quatsch! Sie verteidigen das auch noch! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Herr Dürr, Sie kennen das ja. Wir haben zugestimmt - - -

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Alle Fraktionen verfügen noch über Redezeit. Diese können sie für Beiträge vom Redepult aus nutzen. Eine solche Flut von Zwischenrufen ist nicht erforderlich. Ich bitte um Zurückhaltung.

(Heinz Rolfes [CDU]: Aber so eine Rede ist auch nicht erforderlich! - Björn Thümler [CDU]: Darf der so was sagen?)

Detlef Tanke (SPD):

Wir haben Ihrem Wunsch zugestimmt, zu beschließen, dass die letzten beiden Akten auch noch angeliefert werden sollen. Binnen 48 Stunden war das erledigt. Sie dagegen haben unserem Wunsch nicht zugestimmt, zu beschließen, Akten aus dem Bundeskanzleramt von Frau Merkel und aus dem Wirtschaftsministerium, auf die wir seit drei Monaten warten, erneut anzufordern, damit sie endlich in Hannover ankommen. So sieht es aus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Sie verschleiern und vertuschen.

(Björn Thümler [CDU]: Finger runter!)

Sie nutzen nicht die Potenziale der erneuerbaren Energien, die wir in Niedersachsen in dieser Wachstumsbranche - wir sind darin nicht das beste Bundesland - eigentlich haben.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Doch das sind wir! Wir sind spitze!)

Nein, neben Bayern und Baden-Württemberg sind Sie die lautesten Atomlobbyisten.

(Björn Thümler [CDU]: Unfug!)

Dabei sind die Arbeitsplätze, die Sie durch Ihre Atompolitik in Niedersachsen schaffen, sogar noch vom Steuerzahler zu finanzieren. Denn der Steuerzahler bezahlt die Überstunden der Polizisten, die die Castortransporte nach Gorleben begleiten müssen, meine Damen und Herren. Das ist Ihr einziger Erfolg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sie wissen es genauso wie wir: Es gibt kein Verfahren und keinen sicheren Standort zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen. Da das so ist, meine Damen und Herren, gibt es nur eine Lösung: Wir müssen aufhören, radioaktiven Müll zu produzieren. Wir müssen die Atomkraftwerke abschalten. Wir müssen aus dieser Technologie aussteigen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Nach der Euphorie von 1961, als die Nutzung der Atomkraft in Deutschland begann, hat es lange gedauert, bis dieser Irrweg von einem großen Teil der Gesellschaft auch als solcher erkannt worden ist. Die SPD ist seit über 20 Jahren dabei, die Propaganda der Atomindustrie zu entlarven.

(Björn Thümler [CDU]: Was? - Glocke des Präsidenten)

Auf der rechten Seite dieses Hauses aber werden diese Erkenntnisse überhaupt nicht wahrgenommen. Nicht einmal die Tatsache, dass viele Menschen in der Nähe von Atomkraftwerken an Leukämie erkrankt sind, bewegt Sie zur Umkehr und zum Ausstieg aus der Atomtechnologie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Das ist unerhört! So ein Unfug!)

Die Entzauberung der Kernkraft trifft uns heute in einem erschreckenden Ausmaß. Gorleben ist nicht die Asse, aber auch Gorleben ist - wie die Asse - auf Tricksereien und Lügereien aufgebaut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Was für ein Niveau!)

Sie halten das Telex aus dem seinerzeit CDU-geführten Bundesforschungsministerium, in dem die Wissenschaftler per Formulierungshilfe angewiesen worden sind, ihr Gutachten pro Gorleben zu ändern, vielleicht für eine Kleinigkeit. Aber ich glaube, Sie halten einen Befehl für eine Bitte, und Sie glauben auch, Atomkraft sei Bioenergie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Sie sind ein ganzer großer Tatsachenverdreher! Sie sind ein Anscheinserwecker!)

Herr Wulff, Sie können doch nicht im Ernst an das Märchen von der Stromlücke glauben. Ich frage mich, warum Sie sich zum Anwalt der Stromkonzerne in Essen, Karlsruhe und Düsseldorf machen und warum Sie sich nicht zum Sachwalter der Windanlagenbauer in Emden oder in Cuxhaven machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU] und Heinz Rolfes [CDU]: Macht er doch! - Björn Thümler [CDU]: Ich erkläre Ihnen gleich mal, was in der Studie steht! - Glocke des Präsidenten)

- Warten Sie ab, ich erkläre Ihnen das gleich.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. Ihre Redezeit von fünf Minuten ist abgelaufen. Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Detlef Tanke (SPD):

Sie sagen, die Atomkraft ist eine Brückentechnologie. - Ich sage Ihnen: Sie ist eine Blockadetechnologie,

(Heinz Rolfes [CDU]: Sie sind ein kleiner Fanatiker!)

weil sie Investitionen in die Offshoretechnologie vermindert. Deswegen müssen Sie endlich aufhören, die Atomtechnologie zu unterstützen.

(Christian Dürr [FDP]: Was reden Sie denn da!)

Steigen Sie mit uns aus dieser Steinzeittechnologie der Energiegewinnung in Deutschland aus, und lassen Sie die Atomtechnologie auf der Müllkippe der Geschichte landen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Björn Thümler [CDU]: Jetzt wird es ja sachlich! - Jörg Bode [FDP]: Der war gut! - Gegenruf von Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sie haben es erkannt, Herr Thümler!)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Geschichte der Atomenergie ist die Geschichte einer Jahrhundertlüge. In den 1950er- und 1960er-Jahren wurde uns die Atomkraft mit Heilserwartungen verkauft: Wüsten sollten begrünt werden, unendliche Energiequellen, ewiges Licht, Wärme, Glück wurden versprochen - alles wurde damit verbunden.

Heute wissen wir es besser. Die Geschichte der Atomenergie ist eine Geschichte des technischen Scheiterns: Kalkar, Hamm-Uentrop, Karlsruhe, Jülich und Morsleben heißen die Reste - eine Kette von unendlich teuren Forschungs- und Industrieruinen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und die Asse, das Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll als Versuchsendlager für Gorleben? - „Sicher für alle Zeiten“, hat es 1969 geheißen. Fast ein halbes Jahrhundert haben sich eine blinde Politik, verantwortungslose Wissenschaftler und eine geld- und machtgierige Atomwirtschaft etabliert, die uns jetzt mit dem Ergebnis ihres Scheiterns konfrontieren. Niemand von uns kennt bis heute die wahren Ausmaße. Niemand kann das Desaster in seinem ganzen Umfang ermessen. Und wer wie CDU und FDP, Herr Thiele, in dieser Situation weiter ungebrochen auf Atomkraft setzt, auf Laufzeitverlängerungen und sogar auf den Neubau von atomaren Anlagen, der macht sich weiter schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Wer sagt das denn?)

Meine Damen und Herren, ich frage die Kollegen von CDU und FDP: Was muss eigentlich noch passieren, damit Ihre Ideologie von der Einsicht besiegt wird, dass Atomkraft niemals das Glück

der Menschheit war und wird, sondern dass damit am Ende sogar die Gefahr ihres Untergangs verbunden sein kann?

(Editha Lorberg [CDU]: Das sagt auch kein Mensch!)

Meine Damen und Herren, aus der nunmehr 30-jährigen Auseinandersetzung um den Salzstock Gorleben und das dort geplante Atommülllager lassen sich für verantwortungsvolle Politik meines Erachtens nur drei Lehren ziehen:

Erstens. Wer so schamlos lügt und betrügt wie die Wissenschaftler und Industrievertreter, die Gorleben über Jahre als sicher verkauft haben, der scheitert auf ganzer Linie.

Zweitens. Das Vertuschen der wahren Gründe für die Auswahl von Gorleben, die manipulierten Gutachten und der Verzicht auf Bürgerbeteiligungen haben das Vertrauen in Staat, Regierung und wissenschaftliche Einrichtungen tief zerstört.

Drittens. Die Fehler und Versäumnisse sind nicht heilbar. Ohne einen völligen Neubeginn wird es keinen Frieden in der Gesellschaft geben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Gorleben verantwortet der Staat einen 30-jährigen Konflikt, der manchmal fast an bürgerkriegsähnliche Zustände erinnert, wenn Zehntausende von Polizisten tagelang den Landkreis besetzen, um Müll in eine oberirdische Halle zu transportieren.

Meine Damen und Herren, unsere Demokratie droht an der Atommüllfrage zu scheitern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Regierungen und Parlamente haben ihre Gestaltungsmacht in dieser Frage schon verloren.

Herr Ministerpräsident Wulff, in Ihrer Heimatstadt wurde nach einem 30-jährigen Konflikt einst ein historischer Frieden begründet. Zum Glück reden wir heute nicht über Krieg. Aber wir reden über einen 30-jährigen gesellschaftlichen Konflikt zwischen den Interessen von Regierungen und Atomindustrie auf der einen Seite und den Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort und vielen Menschen in diesem Land auf der anderen Seite. Nach den Enthüllungen der letzten Wochen und Monate stehen wir mehr denn je vor einer tiefgreifenden Vertrauenskrise. Auch in der Atomfrage ist es überfällig, endlich über einen historischen Frieden zu sprechen.

Meine Damen und Herren, Herr Wulff, Sie und Ihre Regierung haben die Wahl: Sie können jetzt in die Ahnengalerie der unbelehrbaren Atombefürworter eingehen und damit die Politik des Scheiterns in dieser Frage fortsetzen. Sie können aber auch endlich einen Schlussstrich unter die Atomlüge ziehen und den Menschen in Niedersachsen beweisen, dass man ihre Sorgen und Ängste tatsächlich ernst nimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für den Umgang mit dem atomaren Müll, mit dem Stoff, der Zehntausende von Generationen überdauert, für den Umgang mit Plutonium, dem Ultragift, taugt am Ende keine Mehrheit, die nur für vier oder fünf Jahre legitimiert ist. Eine Bewältigung dieses Problems wird es ohne Verständigung in der Gesellschaft - das heißt auch: ohne Verständigung über Parteigrenzen hinweg - nicht geben. Nur einmal hat es bislang den Beginn für einen solchen Konsens gegeben; unter Rot-Grün wurden die Verträge dafür unterzeichnet.

(Zuruf von Karl-Heinrich Langspecht [CDU])

Man kann diesen Konsens kritisieren. Man kann davon sprechen, dass dieser Konsens nur ein halber war, Herr Langspecht,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

weil für die entscheidende Frage einer neuen Endlagersuche nicht die entsprechenden Weichen gestellt wurden. Man kann dies kritisieren; aber die Konsequenz aus dieser Kritik kann nicht sein, den halben Konsens aufzukündigen, sondern sie muss heißen, aus dem halben Konsens einen ganzen Konsens zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Wulff, es war ein niedersächsischer CDU-Ministerpräsident, der die Entscheidung für Gorleben gefällt hat. Es könnte wiederum ein niedersächsischer CDU-Ministerpräsident sein, der diesen historischen Fehler korrigiert. Herr Wulff, Sie haben es mit in der Hand, Sie können maßgeblich dazu beitragen, den Konflikt um Gorleben zu beenden. Deshalb appellieren wir an Sie: Kehren Sie um, leisten Sie Ihren Beitrag für eine nationale Verständigung in dieser Kernfrage für unsere Gesellschaft, helfen Sie mit, vom Land Niedersachsen

Schaden abzuwenden, und erklären Sie für diese Regierung, dass das Endlagerprojekt in Gorleben gescheitert ist!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile der Kollegin Emmerich-Kopatsch von der Fraktion der SPD das Wort.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Um auf Gorleben zurückzukommen, lieber Stefan Wenzel: Ich habe ein Gesetzblatt von 1983 gefunden, das die Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Bergwerken und somit für Gorleben beschreibt. Unter Nr. 4.6, Hydrogeologische Verhältnisse, steht dort schon geschrieben:

„Nach der Stilllegung des Endlagerbergwerks dürfen in den Endlagerformationen vorhandene oder möglicherweise zutretende Wässer und Salzlösungen nicht bzw. nicht in unzulässigem Umfang in die Biosphäre gelangen."

Dies zeigt ganz deutlich, dass man schon 1983 wusste, dass Gorleben vom Wasser bedroht ist. Es hat aber niemanden gestört, und niemand auf dieser Seite des Hauses möchte solche Dokumente durchlesen und sich damit befassen, weil Sie ideologisch geprägt sind.

(Beifall bei der SPD - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Was soll das denn?)

Wie ideologisch Sie geprägt sind und dass Sie überhaupt nicht von Ihrem Thema abzuhalten sind, zeigt ein wunderbares Fachblatt des Deutschen Atomforums, in dem sich Herr Dr. Rösler am vergangenen Sonntag noch einmal geäußert hat. Ich zitiere wörtlich:

„Manche meinen, dass sich das Thema eignet, um politisch daraus Kapital zu schlagen, indem man auf teilweise unverantwortliche Weise mit den Sorgen der Menschen spielt."

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Ja, genau!)

Herr Dr. Rösler, vielleicht kann man dieses Thema einmal mit einer Frage an Sie klären: Würden Sie mit Ihren hübschen Zwillingen in die Nähe eines Kernkraftwerkes ziehen, wenn Sie nicht wissen, welche Gefahren von ihm ausgehen? - Ich weiß, das ist jetzt vielleicht ein bisschen komisch, aber diese Frage muss man sich stellen, weil dort Menschen wohnen, denen Sie so etwas zumuten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

- Das ist überhaupt nicht lustig. Träfe das ein, was Sie sich wünschen, und Schwarz-Gelb würde regieren, dann gäbe es doch auch weiterhin Absprachen zwischen den Ministerien und den Kernkraftwerksbetreibern nach dem Motto: Wie hätten Sie es denn gern?

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist doch eine Frechheit! Was unterstellen Sie eigentlich den Beamten, die da rechtmäßig arbeiten?)

- Im Gegensatz zu Ihnen haben wir die ganzen Protokolle gelesen. Aus ihnen geht ganz klar hervor, dass alle Einlagerungsbedingungen für die Asse vorab mit der Kernindustrie abgesprochen waren, sodass heute nicht mehr nachvollziehbar ist, was in dem jeweiligen Fass drin sein mag.

Das ist schon erstaunlich. In einem Protokoll von 1994, das auch in unseren Akten enthalten ist, heißt es:

„BMWi teilt grundsätzlich die BMU-Auffassung, intern müsse ohne Zeitdruck geklärt werden, wie die Asse geschlossen wird. Wenn allerdings ein Planfeststellungsverfahren jetzt diskutiert werde, sei das von erheblicher Auswirkung auf die Konsensgespräche. Außerdem müsse eine Auswirkung der Diskussion um die Asse-Stilllegung auf die Arbeiten in Gorleben und damit auf den Betrieb der laufenden Kernkraftwerke befürchtet werden. Daher ist ein solcher Beschluss kontraproduktiv."

Ich bitte Sie! Noch deutlicher kann man doch nicht ausdrücken, was in Ihren Köpfen und den Köpfen von Ihresgleichen vorgeht.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU und von der FDP)

- Sie haben doch Herrn Dr. Birkner mit einer Rede in den Umweltausschuss gehen lassen, als es mit

den Asse-Laugen und der hohen Kontamination losging, für die er sich noch heute schämen muss. Da stimmte doch nicht ein Wort.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist doch Quatsch! Das ist eine Unverschämtheit, was Sie hier sagen!)

- Sie waren doch gar nicht dabei. Das stimmte wohl.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Er war dabei! - Glocke des Präsidenten)

Der Statusbericht ist das Papier nicht wert, wie wir heute Morgen wieder gelernt haben: Plutonium, Americium usw. sind alles scheinbar harmlose Stoffe, die Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, der TÜV-Bericht, den Sie bezahlt haben, ist, vorsichtig ausgedrückt, sehr gefällig ausgefallen, und in den MU-Akten finden sich keine Protokolle, die sich jetzt allerdings in den BfS-Akten wiederfinden. Warum wohl? Weil Sie die Aktenbearbeitung so vorgenommen haben, dass man nicht merkt, wie viel Sie eigentlich wissen. Sie wollen nicht alles sagen, was Sie wissen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das müssen Sie Gabriel sagen, was Aktenmanipulation betrifft! Das ist doch eine Unverschämtheit!)

- Diese „Unverschämtheiten“ können Sie sich langsam einmal sparen. Da reden Sie zusammen mit der FDP von Steuersenkungen und muten den Bürgern kalt lächelnd zu, dass man - - -

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, ich muss Sie kurz unterbrechen. - Ich möchte, dass jetzt im Plenarsaal wieder mehr Ruhe einkehrt und Frau Emmerich-Kopatsch die Möglichkeit hat, ihre Argumente vorzutragen.

(Zuruf von der CDU: Die hat ja keine!)

Dies gilt in besonderer Weise für den Kollegen Langspecht. Ich bitte, mit Bemerkungen wie „Quatsch“ angesichts der emotionalen Diskussion zurückhaltend umzugehen. Im Wiederholungsfall werde ich einen Ordnungsruf aussprechen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Wilhelm Heidemann [CDU]: Sie muss hier doch auch keine Wahlkampfrede halten!)

Frau Kollegin, Sie können fortfahren.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Ich halte überhaupt keine Wahlkampfrede. Ich sage nur: Sie sagen, Sie wollten gemeinsam mit der FDP Steuern senken. Wenn Sie Steuern senken wollen, gleichzeitig aber der Kernindustrie so weit entgegenkommen, dass Sie in Karlsruhe 4 Milliarden Euro und in der Asse noch einmal 4 Milliarden Euro dem Steuerzahler aufbürden, dann sollten Sie zumindest so ehrlich sein, zuzugeben, dass Sie über Steuersenkungen nur reden, in Wirklichkeit aber mit den Kosten und Folgekosten der Kernindustrie die Bürgerinnen und Bürgern belasten wollen, ohne jemals die Kernindustrie zu belangen. Was Sie machen, ist verlogen und auch nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Sagen Sie doch mal was zu den Akten von Gabriel!)

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, Ihre Redzeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. - Auf jeden Fall sind die Gesprächsprotokolle im Umweltministerium nicht abgeheftet gewesen. Das Bundesumweltministerium hat komplett geliefert, was da war.

(Björn Thümler [CDU]: Falsch!)

Selbst die Verwaltung sagt: Die sind im Vergleich zu den anderen Akten perfekt geordnet.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Was ist mit den Pressemitteilungen?)

- Sie glauben doch nicht im Ernst, dass ich mich hier um Pressemitteilungen zu kümmern habe.

(Björn Thümler [CDU]: Die fehlen darin doch alle!)

Allerdings sind Ihre Akten immer noch nicht vollständig, und die Gorleben-Akten, die Sie gestern nach langem Hin und Her großzügigerweise freigegeben haben, sind so fragmentarisch, dass wir den Rest auch noch anfordern werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Herzog von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der schwarz-gelbe Lack ist ab - der schwarz-gelbe Lack von den abgekippten, geplatzten, verrosteten Atommüllfässern in der Asse. Ja, es wurde verharmlost, vertuscht und viel vergessen, und zuständig war eigentlich keiner.

Die 50-jährige Geschichte der Atomkraft war alles andere als friedlich. Gegen den fundierten Rat des Oberbergamts wurde das schlechteste aller Salzbergwerke in Deutschland ausgesucht, weil es billig war. Unter dem Mäntelchen der Forschung wurde an Atommüll hineingeworfen, was man hatte, giftigster Sondermüll gleich dazu. Es wurde das Gegenteil von Entsorgung.

Im Pingpongstil entschieden die politisch Verantwortlichen diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze, Endlager zu bauen: erst Asse, dann Morsleben. Dann wurde Gorleben politisch geboren, überstürzt, ohne fachlichen Background, wie wir wissen.

Die angeblich sichersten Atomkraftwerke der Welt, die deutschen, geraten ins Gerede. Pannen häufen sich: kein Terrorschutz, Sumpfsiebverstopfung - ein neuer Begriff macht die Runde, obwohl seit 1992 bekannt.

Atomtransporte fahren heimlich durchs Land. Die Menschen sollen nicht wissen, wann, wo und mit welcher radioaktiven Fracht.

Aber plötzlich, meine Damen und Herren, dreht sich der Wind. Fakten, die Bürgerinitiativen seit Jahrzehnten ans Licht brachten, bekommen höchste Relevanz. Der saubere, billige Ökostrom aus Atom erweist sich als lange gepflegte Lüge.

(Beifall bei der LINKEN)

Tödlich, nicht sauber - das beweisen Zigtausende Lungenkrebskranke aus dem Uranabbau und die Kinderkrebsstudie, die eine verdoppelte Leukämierate bei Kindern in der Umgebung von Atomkraftwerken ergründete. - Das kann nicht sein, sagte im letzten Jahr der Bundesumweltminister, dann müssten die Strahlenwerte tausendfach höher sein. - Ja, oder eben deren Gefährlichkeit tausendfach unterschätzt, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir als Linksfraktion haben eine Studie zu Gorleben fertigen lassen. Nachgewiesen sind laut Gutachter oberflächennahe Sände, die über 400 m tief nach unten gespült wurden, wie Karies in den leicht wasserlöslichen Carnallitschichten. Der Standort ist noch schlechter als Asse; denn das Grundwasser steht schon auf dem Salz. Alte Permafrostschichten im Salz reichen bis mindestens zu einer Tiefe von 700 m. Dann bliebe über den Einlagerungskammern lediglich eine Restfirste von 140 m. Das, Frau Bertholdes-Sandrock, ist dann keine sichere Lagerung in tiefen geologischen Formationen. Hydraulisch gesehen, ist das knapp unter der Oberfläche.

(Beifall bei der LINKEN)

Innerhalb des Horizonts für die Langzeitsicherheit von 1 Million Jahren werden ca. zehn Eiszeiten über diesen Salzstock hobeln. Die Hitze des Atommülls hebt den Salzstock um 4 m an, lässt Störungszonen aufbrechen. Trotzdem eignungshöffig? Für wie dumm halten Sie uns Wendländer eigentlich?

(Beifall bei der LINKEN)

Die Standsicherheit des Lügengebäudes Atomenergie ist bei null. Die Bevölkerung will deswegen raus. Nur Sie von CDU und FDP wollen Laufzeiten verlängern, träumen von der vierten, fünften Generation AKWs, störungsfrei - ein schönes Märchen. An Gefahrlosigkeit glaubt aber nur, wer wie Sie die Wunschzettel der Atomlobby unters Kopfkissen schiebt.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie murmeln das Mantra „Atomkraft ist sicher“ gebetsmühlenartig vor sich hin. Aber ich sage Ihnen: Sie können sich einen politischen Wolf laufen, wie Sie wollen. Das glauben nicht einmal mehr Ihre eigenen Wähler.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN

Deshalb schwimmen Ihnen die Atomfelle weg. Zwar lassen Sie die baden-württembergische Umweltministerin, Tanja Gönner, von anderen Standorten flüstern, und der schleswig-holsteinische CDU-Kollege gibt sich offen. Entscheidend aber sind die Hardliner und allen voran die Kanzlerin, die keine Lust hat, mehr Geld für Erkundung auszugeben. Das allerdings sagte sie, als nicht jeden

Tag kontaminierte Lauge durch die Medien schwappte.

Die Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Atomfragen, Frau Reiche - sie war einmal Familienministerin -, will klar Gorleben, so wie Markus Söder, der glaubt, die Castoren stehen schon im Salz.

Aber jetzt geht auch noch der CDU-Oberbürgermeister von Cuxhaven von der Fahne und will keine Transporte über seinen Hafen.

Beinahe weinerlich versucht Angela Merkel die Atomenergie im Plausch mit Frank-Walter auf eine Brückentechnologie zu reduzieren. Sie will ebenso wie Niedersachsens liberaler Atomminister Krümmel wohl abgeschaltet lassen - mit Betonung auf „wohl“.

Mit politischer Wertberichtigung ist das nicht zu heilen. Wir sind hier nicht auf dem Basar oder auf dem Hamburger Fischmarkt, wo man wie Aal-Heinz schnell noch einen drauflegt. Die Atomenergie muss unverzüglich und unumkehrbar beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. Wir im Präsidium bemühen uns um Neutralität. Ich muss Sie deshalb auffordern, Ihre Ausführungen wesentlich freier vorzutragen. Ihr Vortrag entspricht nicht der Geschäftsordnung.

(Zurufe von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich gebe zu, es ist ein fachlich komplexes und sicher auch schwieriges Thema. Aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich bemühen würden, etwas freier zu reden.

Kurt Herzog (LINKE):

Damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber ich habe hier schon ganz andere voll ablesen sehen. Aber okay.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Ja, schon am Anfang der Atomenergie, Herr Rolfes, stand eine Lüge,

(Björn Thümler [CDU]: Das Wort „Lüge“ geht gar nicht!)

die vielleicht wichtigste: Atomenergie ist friedlich. - Wie oft habe ich schon gehört: Der Strom kommt doch aus der Steckdose! - Stimmt, eine triviale Wahrheit. Aber bevor er aus der Steckdose kommt, wird die Wahrheit verbogen, die Öffentlichkeit getäuscht, das Gewissen endgelagert, und es werden Verbrechen begangen,

(Zustimmung bei der LINKEN)

z. B. durch die Festlegung von Grenzwerten für Strahlung nach dem sogenannten gesellschaftlichen Nettonutzen. Soundso viele Tote werden billigend in Kauf genommen, obwohl die wissenschaftlichen Erkenntnisse auch der ICRU längst viel weiter sind, z. B. durch Tausende von Toten im Uranabbau, auch in Deutschland, z. B. durch das Ignorieren von Studien wie der Kinderkrebsstudie oder durch das Ignorieren der Leukämiehäufung in der Elbmarsch. Wer trägt die Verantwortung dafür?

Eine der für mich wichtigsten Erkenntnisse aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, PUA, sind Aussagen wie: Ich hatte mit der Asse überhaupt nichts zu tun. Ich war nicht zuständig. Ich habe davon nichts mitgekriegt. Ich kann mich nicht erinnern, ich kann es aber auch nicht ausschließen. - PUA steht für mich bisher für „Parteien unterbinden Aufklärung“ oder „politisch umgesetzte Amnesie“.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es gab aber auch kritische Wissenschaftler. Wer überhörte sie? Wer suchte die passende Sorte aus? - Es waren auch Politiker. Aber CDU und FDP verhindern mit ihrer Mehrheit im PUA, dass wir sie hören können - pure Angst!

Nun zu Gorleben. Über die fachfremde Festlegung 1977 ist vieles gesagt worden. Aber was geschah dann? - Innenminister Baum, FDP, ließ ein Gutachten fertigen, das zu dem Schluss kam, dass man ein vorgelagertes Planfeststellungsverfahren bräuchte. Also nahm man schnell einen neuen Gutachter, der dann das Gegenteil herausbekam, und auf den stützte man sich. Man teufte den Schacht ab, wohlgemerkt für ein Bergwerk zur Aufsuchung von Bodenschätzen. Forschungsminister Riesenhuber sagte damals dazu: Auch ein Loch im Boden kann ein Bodenschatz sein. Wirklich witzig, aber nicht für die Bewohner des Wendlands!

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vorher wurde noch Duphorn beauftragt, die geologische Tauglichkeit zu prüfen. Als er zu kritischen Ansichten kam, wurde er von Riesenhuber aus dem Verkehr gezogen. Von der Manipulation des PTB-Gutachtens 1983 wissen wir alle. Angereiste Ministeriale und Weisungsfaxe bogen die Wahrheit schlicht um.

Meine Damen und Herren, daran wird deutlich, dass wir mehr brauchen als einen PUA Asse auf Landesebene. Wir brauchen einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene, und zwar nicht nur zur Asse und zu Gorleben, sondern zur Endlagerung insgesamt. Im Prinzip gehört die gesamte Atomenergie auf den Prüfstand.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer beim Treck nach Berlin mitgefahren ist, hat die neue Kraft der Menschen und die Power der Bauern gespürt. Der Treck fuhr alle wunden Punkte ab: das Null-Barrieren-Endlager Asse, den Schacht Konrad - mitten auf dem Werksgelände -, Merkels Vermächtnis Morsleben, wo sie sich als Umweltministerin ihre ersten Atomsporen verdiente und per Weisung das Salzbergwerk mit Atommüll vollstopfen ließ, obwohl es im Prinzip keinen Deut besser ist als die Asse.

Überall wurde der Treck von Einwohnern winkend und Fahnen schwenkend begrüßt, von einem Waldkindergarten singend. Da lachte mein Herz wieder, und ich wusste, wofür ich das auch hier mache.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Pastor predigte für uns in Salzgitter-Bleckenstedt und wandelte den CDU-Wahlslogan in „Wir haben die Atom-Kraft“ um. Wie klar, wie reinigend war auch die Ansprache des VW-Betriebsratsvorsitzenden. Aber wie verrückt war die gegen Bauern gezogene Waffe eines Polizisten.

„Berlin, Berlin!“ - 400 Traktoren und Hänger hauptsächlich aus dem Wendland, behängt mit Parolen, die Klartext sprachen, wie Bauern das eben können, z. B.: Der Trog bleibt, nur die Schweine wechseln!

(Beifall bei der LINKEN - Glocke des Präsidenten)

Ich bin sofort fertig. - Und dann noch zwei Redner, die so gar nicht in das Bild von Atomchaoten passen: Mit Schlips und Kragen erklärten Hermann Albers, der Präsident des Bundesverbandes WindEnergie, und Professor Dr. Hubert Weiger, der Vorsitzende des BUND, warum das atomfossile Zeitalter unverzüglich beendet werden müsse.

Wer all dies zusammen mit den 50 000 Menschen in Berlin erlebt hat, der weiß, dass die Zeiten vorbei sind, als Politik und Atomlobby in Hinterzimmern die Zukunft verpokern konnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Langspecht von der CDU-Fraktion das Wort.

Karl-Heinrich Langspecht (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon erschreckend, wie Sie sich hier wieder aufführen: Polemik, Unwahrheiten, Diffamierungen und Unterstellungen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist der seit Monaten übliche Wahlkampfklamauk, von dem wir und auch viele andere die Nase voll haben.

Worum geht es? - Wir brauchen eine Energieversorgung in Deutschland, die erstens sicher, zweitens klimafreundlich und drittens auch bezahlbar ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sehr gut!)

Dazu brauchen wir einen Energiemix. Zu diesem Energiemix gehört auch die Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparks. Aber schon bei diesem Thema weiß die SPD nicht, was sie will: Einerseits steht Gabriel wie kein anderer für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Andererseits demonstrieren Sozialdemokraten wie Landesparteichef Duin an den geplanten Standorten gegen die Kohlekraftwerke. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich selbst einmal darüber klar werden, was Sie überhaupt wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir, selbst wenn wir die regenerativen Energien nachhaltig weiter ausbauen können - Niedersachsen ist, was Biomassenutzung und die Nutzung der Windenergie betrifft, mit Abstand die Nummer eins in Deutschland -, bis 2020 auch unter günstigsten Annahmen nicht über 30 % an der Gesamtstromerzeugung hinaus kommen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit als Industrieland und damit Arbeitsplätze und unseren Wohlstand auch in Zukunft erhalten wollen, brauchen wir diesen Mix, und zwar auch unter Einschluss der Kernenergie, damit das völlig klar ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es geht nicht um den Bau neuer Kernkraftwerke. Wenn Sie das unterstellen, ist das nicht in Ordnung. Das steht bei uns in allen Programmen.

(Ulrich Watermann [SPD]: Wir glauben Ihnen aber nicht!)

Bei der Nutzung der Kernkraft geht es auch nicht um die Frage von Ja oder Nein zur Kernenergie, wie es von Ihnen immer oberflächlich und vereinfacht dargestellt wird. Entscheidend ist allein die Frage, wann und wie der Ausstieg erfolgt.

(Dr. Gabriele Heinen-Kljajić [GRÜNE]: So schnell wie möglich!)

Wenn wir das ehrgeizige Ziel erreichen wollen, den CO_2-Ausstoß bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990 zu senken, können wir jedenfalls vorerst nicht auf die sichere deutsche Kernkraftnutzung verzichten.

(Detlef Tanke [SPD]: Krümmel!)

- Herr Tanke, hören Sie zu! - Wer wie Sie alle Kraftwerke in Deutschland abschalten will, muss auch sagen: Das bedeutet höhere Strompreise für die Verbraucher und die Wirtschaft. Stromimporte aus ausländischen Kraftwerken wären dann die Folge.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Hören Sie auf abzulenken! - Zuruf von Detlef Tanke [SPD] - Glocke des Präsidenten)

- Hören Sie einfach zu! - Von Bismarck stammt der schöne Satz: Es wird niemals so viel gelogen, wie vor der Wahl und nach der Jagd. Ich muss dabei sofort an Gabriel denken. Das beste Beispiel dafür ist derzeit der Parlamentarische Untersuchungsausschuss.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie lesen ab!)

Was haben wir hier in den letzten Monaten alles erleben können! Da wurden Dinge als Sensation enthüllt, die längst bekannt oder aber nie wirklich bestätigt wurden. Da wurden vertrauliche Schriftstücke sinnentstellt an die Öffentlichkeit lanciert, um die Bundeskanzlerin und den früheren Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zu diskreditieren. Herr Gabriel und Herr König haben auch nicht davor zurückgeschreckt, durch Mitarbeiter im eigenen Haus oder Parteifreunde aus Hannover gezielt Akten zu sichten und Gabriel belastende Akteninhalte einzubehalten.

(Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE]: Komplett abgelesen!)

Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als eine knallharte Manipulation!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Wenzel und Herr Tanke, Sie, die nach außen immer gerne von Aufklärung sprechen, haben in Wirklichkeit in den Ausschusssitzungen vorrangig damit zu tun gehabt, zu verdunkeln und bestenfalls Nebelkerzen zu schmeißen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Sie schmeißen doch Nebelkerzen!)

Wie unglaubwürdig und wirklich verlogen gerade das ist, was die Grünen uns bieten, zeigt das Beispiel Joschka Fischer. Joschka Fischer, jetzt immerhin Berater von RWE - RWE baut u. a. auch Kernkraftwerke -, antwortet inhaltlich auf die Frage der *Berliner Zeitung*, wie er das der grünen Basis erklären wolle: Ich bin einfaches Parteimitglied. Ich bin wieder frei. - Das sind Joschka Fischer und die Grünen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Wie lange dauert die Vorlesung eigentlich noch? - Zurufe von den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Zum einen möchte ich darum bitten, dass mehr Ruhe einkehrt. Zum anderen beweist das Präsidium seine Neutralität, indem ich auch Ihnen gegenüber, Herr Kollege Langspecht, meine Bitte äußere, die Rede freier vorzutragen, als das bislang der Fall war.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das wird auch Zeit! - Heiner Bartling [SPD]: Er liest durchgehend vor!)

Karl-Heinrich Langspecht (CDU):

Meine Damen und Herren, die Asse war von vornherein nicht als Endlager geeignet. Das ist auch das Ergebnis der bisherigen Beratungen im Untersuchungsausschuss. Die Vorkommnisse in der Schachtanlage II der Asse jetzt jedoch zu nutzen,

um die Salzlinie als Endlagerwirtsgestein zu diskreditieren, war und ist mehr als unredlich. Wenn nach der Bundestagswahl das Moratorium aufgehoben wird, wird die Erkundung in Gorleben fortgesetzt. Dann werden seitens der Wissenschaft die Entscheidungen zu treffen sein, ob Gorleben geeignet ist oder nicht.

Tatsächlich haben, wie wir sehen, SPD und Grüne aber auch gar kein Interesse an einem Endlager. Gemeinsames Ziel von Rot-Rot-Grün ist nicht die Lösung der Probleme, sondern deren Aufrechterhaltung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Dürr von der FDP-Fraktion das Wort.

(Detlef Tanke [SPD]: Herr Dürr, jetzt muss aber alles passen!)

Christian Dürr (FDP):

Herr Kollege Tanke, ich gehe noch auf Sie ein.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir in Deutschland in den letzten Wochen im Wahlkampf von Sigmar Gabriel erlebt haben,

(Detlef Tanke [SPD]: - - - ist toll!)

spottet jeder Beschreibung!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Manchmal ist mit Halbwahrheiten gearbeitet worden, aber regelmäßig mit Unwahrheiten!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die SPD in Niedersachsen - darauf können Sie wahrlich nicht stolz sein - hat sich als willfähriger Diener dieses Umweltministers geriert. Mit Verlaub: Tiefer kann eine Partei in Niedersachsen nicht sinken!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die SPD hatte elf Jahre Zeit, sich dieses Themas anzunehmen. So lange haben Sie in Berlin regiert. Nichts, aber auch gar nichts ist bei der Endlagerfrage passiert. Wir sind keinen einzigen Millimeter vorangekommen!

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie hätten das ja so gerne gewollt!)

Nichts ist passiert, weil die Sozialdemokraten seit elf Jahren dieses Land regieren. Ich sage Ihnen: Das muss sich ändern, sowohl bezüglich der Endlagerfrage als auch der Regierungsbeteiligung der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Mit Ihnen wird alles besser, oder was?)

Ich will Ihnen deutlich machen, was Rot-Grün anrichten kann. Das betrifft auch die Wahrheit beim Thema Asse. Wir haben einen roten Bundesumweltminister und einen grünen Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz. Ich will aus der öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses vom 10. August dieses Jahres zitieren:

„Abg. Christian Dürr (FDP): Die Frage nach der Verfüllung des Tiefenaufschlusses mit Sorelbeton - damit eine endgültige Schließung - ist noch offen!“

Herr König antwortet:

„Das ist verfüllt worden.“

- Tiefenaufschluss. -

„Dort sind keine Abfälle hineingekommen. Es kommen auch keine zusätzlichen neuen Abfälle hinein. Es gab einen Tiefenaufschluss, in den die kontaminierten Wässer hineingeleitet worden sind, keine Abfälle ...“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr froh darüber, dass wir in der letzten Woche den Zeugen der Opposition, Günther Kappei, im Untersuchungsausschuss gehabt haben. Er hat uns gezeigt, dass Herr König im Umweltausschuss die schlichte Unwahrheit gesagt hat!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Ungeheuerlich! Das geht ja gar nicht!)

Diese Methode geht weiter und ist bei der SPD durchaus verwurzelt.

Ich möchte etwas zum Thema Schließungskonzept zitieren, was uns im Rahmen der Asse, Herr Kollege Wenzel als Ausschussvorsitzender, heute Morgen im Umweltausschuss wieder beschäftigt hat.

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte etwas aus der *Bild*-Zeitung zitieren.

(Oh! bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Kurt Herzog [LINKE]: Haben Sie sie abonniert?)

Darin war ein Interview des Bundesumweltministers. Er sagte Folgendes:

„Ich glaube, es ist ein Verdienst des Bundesumweltministeriums, dass es überhaupt diesen Optionenvergleich geben wird; denn als ich mir das Thema Asse vorgeknöpft habe, hat die CDU geschrien, das ginge mich nichts an. Den Vergleich müssen wir bis Ende des Jahres abwarten. Dann kann gehandelt werden."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Interview stammt vom 4. September 2008. So viel zum Thema Wahrheit beim Umweltminister, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Unglaublich!)

Dann tauchen kurz vor der Bundestagswahl Belege für eine angebliche Fälschung von Gutachten zum Standort Gorleben vom Anfang der 80er-Jahre auf, rein zufällig natürlich gerade jetzt, kurz vor der Bundestagswahl. Dinge, die fast 30 Jahre her sind, findet Sigmar Gabriel ausgerechnet jetzt. Er behauptet, damals seien Wissenschaftler in einem Telex - dies ist vorhin angesprochen worden - dazu angewiesen worden, Gutachten pro Gorleben zu verändern. Jetzt möchte ich einmal aus dem *Spiegel* - sehr aktuell, von letzter Woche - zitieren, und zwar hinsichtlich des Zeugen, der angeblich als Kronzeuge dafür herhalten soll, dass Gutachten geändert wurden. Dazu schreibt der *Spiegel* in der letzten Ausgabe:

„Ironie der Geschichte: Als Kronzeuge gegen Gorleben taugt Röthemeyer dennoch nicht. Im Gegenteil: Inzwischen hätten Untersuchungen unter Tage seine früheren Bedenken ausgeräumt, sagt er. Der bislang untersuchte Teil des Salzstocks sei selbst ohne schützende Tonschichten darüber dicht. ‚Wenn Gorleben nicht Endlager wird, wäre das für mich eine große Enttäuschung', findet er."

- Ihr Kronzeuge! -

„Der angesehene Geologe und einstige Gorleben-Kritiker Albert Günter Herrmann, der 1983 noch eine Erkundung mehrerer Standorte gefordert hatte, sieht das inzwischen ähnlich."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manchmal sollten wir auf die Wissenschaftler hören und nicht auf Herrn Gabriel!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Das wäre ohnehin besser!)

Ich möchte zum Standort Gorleben ganz deutlich sagen: Es kommt nicht darauf an, ob jemand vor 30 Jahren gesagt hat, dass Gorleben geeignet ist. Auch Parteitagsbeschlüsse der SPD von vor 30 Jahren, die besagen, dass Gorleben geeignet ist, interessieren nicht. Es interessiert vielmehr, was nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik als geeignet gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der aktuelle Stand interessiert uns, nicht der Stand von vor 30 Jahren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen!

Christian Dürr (FDP):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wer das nicht will, der zeigt, dass es ihm nicht darum geht, in Deutschland ein sicheres Endlager zu finden, sondern der zeigt - gerade wie Sigmar Gabriel -, dass es ihm ausdrücklich darum geht, in Deutschland kein sicheres Endlager zu finden. Deswegen dürfen Sie dieses Land nach dem 27. September nicht regieren!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, als nächsten Redner rufe ich Herrn Bäumer von der CDU-Fraktion auf.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Ich habe da einen Verdacht! - Detlef Tanke [SPD]: Ich habe die Unterlage hier!)

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es um die Kernenergie geht, dann erheben SPD und Grüne immer schnell - dies haben wir vorhin wieder erlebt - den Vorwurf des Tricksens, Tarnens und Täuschens. Mit Blick auf den Asse-PUA und die Debatte um Gorleben kann ich Ihnen nur sagen: Wenn jemand mit dem Finger auf jemand anderen zeigt, dann zeigen drei Finger auf ihn zurück.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Der Bundesumweltminister lässt in einer laufenden Zeugenvernehmung die Aussagegenehmigung abändern. Der Bundesumweltminister lässt Akten durchflöhen und politisch unliebsame Presseartikel herausnehmen, übt also de facto Zensur aus.

(Zurufe von der SPD)

Der Bundesumweltminister, meine sehr geehrten Damen und Herren, verspricht eine sichere Schließung der Asse. Aber wie das gehen soll und wie die Machbarkeitsstudien aussehen sollen, wird erst nächste Woche präsentiert, nämlich am 2. Oktober, fünf Tage nach der Bundestagswahl. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist doch wohl das Gegenteil von Transparenz und Glaubwürdigkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute, vier Tage vor der Bundestagswahl, besteht kein Zweifel mehr daran, dass Herr Gabriel die Asse gezielt als Aufregerthema aufgebaut hat, um die Kernenergie insgesamt zu diskreditieren. Weil Herr Tanke als sein Obmann im PUA den ganzen Erfolg verstolpert hat, musste der Umweltminister im Nachhinein noch die Gorleben-Akten durchflöhen lassen, um verwertbare Dokumente zu finden, die er für seine Diskussion gebraucht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Jetzt einmal ein bisschen Substanz, Herr Kollege!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines muss klar sein: Über drei Jahre lang, Herr Tanke, hat sich dieser Bundesumweltminister standhaft geweigert, die Asse unter seine Fittiche zu nehmen, und im Nachhinein noch bemerkenswerte Ausflüchte dafür gefunden. In einem *taz*-Interview vom 1. August 2009 heißt es:

„Als ich 2005 mein Amt antrat, habe ich gesagt: Um die Asse kümmern wir uns. Aber die Leute im Ministerium haben damals gesagt: Das lassen Sie mal schön sein, das bringt nur Ärger."

Daran hat er sich anscheinend gehalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gabriels Antwort auf eine Bürgeranfrage in der *Braunschweiger Zeitung* schlägt dem Fass in der Tat den Boden aus:

(Heinz Rolfes [CDU]: Was hat er denn dort wieder gesagt?)

„Brigitte Ranz aus Wolfenbüttel will von Gabriel wissen, warum er als Ministerpräsident nicht mehr für die Asse getan habe. ‚Das Land war nie Eigentümer der Asse', erklärt er ..."

So einfach kann man sich das machen! So einen schlanken Fuß macht sich dieser füllige Umweltminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren, das lassen wir ihm nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Detlef Tanke [SPD])

Auch wenn er noch im Sommer letzten Jahres, Herr Tanke, den Vorwurf empört zurückgewiesen hat, die Asse zum Wahlkampfthema machen zu wollen, hat sein Staatssekretär im Frühjahr 2009 die Katze aus dem Sack gelassen. Er hat wörtlich formuliert: Wir brauchen für die Wahl noch Zuspitzungen. Wir brauchen noch Aufregerthemen. - So wie die Asse und Gorleben, meine Damen und Herren. Wir haben es erlebt.

Ende April gab es dann den PUA, auch auf Druck des Umweltministers. Herr Jüttner wollte ja erst nicht. Seitdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, folgt die Skandalisierung einem Drehbuch, das Herr Gabriel und sein Staatssekretär höchstpersönlich entworfen haben.

In der letzten Woche, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Herr Gabriel dem Bundeswirtschaftsministerium und Frau Schavan vorgeworfen hat, sie würden Studien fördern, die den Ausbau der Kernenergie zur Folge hätten, hat er wohl im Eifer des Gefechts vollends den Überblick verloren. Wer sich die Sachen anschaut, Herr Tanke, wer das einmal gelesen hat, der findet in der Studie überhaupt nichts vom Ausbau der Kernenergie.

(Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Es geht darum, Herr Wenzel, dass die Wissenschaftler die Chance haben, dem zu folgen, was weltweit in der Kernenergie passiert. Wenn wir

erleben, dass rund um uns herum Kernkraftwerke gebaut werden, dann wünsche ich mir in Deutschland Wissenschaftler, die beurteilen können, ob die sicher sind oder nicht. Auch hier zeigt sich ganz deutlich, Herr Tanke: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich fürchterlich enttäuscht, ist, dass der Bundesminister nach meiner Kenntnis einen Amtseid geleistet hat, wonach er Schaden vom deutschen Volk abwenden will. Er hat das bei der Asse und bei Gorleben nicht getan. Er hat den Schaden noch vermehrt. Herr Gabriel selbst ist das größte Sicherheitsrisiko, wenn es um Fragen der Reaktorsicherheit und der Endlagerung geht.

Ich kann Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur dringend empfehlen: Hören Sie auf die Fakten! Kehren Sie endlich wieder zu einer seriösen Betrachtung der Dinge zurück! Spätestens am Sonntagabend - da bin ich mir sicher - werden wir das wieder tun.

Ich kann Ihnen am Ende, Herr Wenzel und Herr Tanke, zwei Zitate nicht ersparen. Herr Tanke, Sie haben vorhin Greenpeace angeführt. Patrick Moore, der Gründungsdirektor von Greenpeace, hat gesagt:

> „Kernenergie ist das einzig zweckmäßige Mittel zur Senkung der Treibhausgasemissionen bei gleichzeitiger Deckung der weltweit wachsenden Energienachfrage."

So viel zum Thema Greenpeace!

Chris Goodall, ein Mitglied der britischen Grünen, hat gesagt:

> „Die europäische Bewegung der Grünen muss ihre Abwehrhaltung gegenüber der Kernkraft überdenken. Als Grüne dürfen wir die Kernenergie nicht länger dogmatisch und unter allen Umständen ablehnen."

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen!

Martin Bäumer (CDU):

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Wahrheit. Ich denke, die Wahrheit wird sich nächste Woche wieder Bahn brechen. Bis dahin werden wir das hier ertragen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, als nächsten Redner rufe ich Herrn Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich dachte, der Minister wollte zuerst sprechen!)

- Der Minister möchte gerne zum Schluss sprechen, Herr Wenzel.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist aber nicht schön in einer parlamentarischen Debatte!)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Ich dachte, er traut sich gar nicht. Aber dann kann er halt hinterher reden. Das machen wir gerne.

(Der Redner versucht, das Redepult zu verstellen)

Herr Bäumer hat in seiner Erregung das Landtagsredepult zerlegt. Aber es geht trotzdem.

(Heiterkeit - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist schon seit heute Morgen so!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Langspecht, Herr Dürr, Herr Bäumer, Sie haben sich hier über diesen Tagesordnungspunkt sehr erregt. Man muss aber zum einen feststellen, dass es bedauerlich ist, dass Sie hier einfach Ihre vorbereiteten Reden gehalten haben und auf die Vorredner im Wesentlichen nicht eingegangen sind.

Zum anderen haben Sie hier erneut versucht, Ihre Wahrheiten zu verkaufen. Sie behaupten nach wie vor, dass Atomkraft CO_2-frei ist. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur wissenschaftlich falsch, sondern das ist auch eine politische Lüge, wenn man das behauptet; denn wir wissen heute ganz genau, dass es anders ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen, dass z. B. eine Energieversorgung mit Wind- und Blockheizkraftwerken, so wie man das in Dänemark ganz energisch angegangen ist, am Ende nur halb so viel CO_2 produziert wie ein Atomkraftwerk, weil man immer die gesamte Kette

dieser Technologie angucken muss und nicht nur ein kleines Fitzelchen herausnehmen darf.

Meine Damen und Herren, wenn Sie, Herr Bäumer, glauben, das, was wir hier in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, sei nur eine Inszenierung, dann rate ich Ihnen: Gehen Sie nach Wolfenbüttel! Gehen Sie nach Remlingen! Sprechen Sie mit den Menschen dort vor Ort, die über Jahre hinweg in dieser Frage belogen und betrogen wurden, dass sich die Balken biegen! Und, meine Damen und Herren, Herr Bäumer, Herr Langspecht und Herr Dürr, gehen Sie ins Wendland und sprechen Sie mit den Menschen, denen man damals erzählt hat, in dem PTB-Gutachten von 1983 sei die Wahrheit abgebildet!

Herr Röthemeyer hat jetzt schon wieder einen Rückzieher gemacht. Er hat sich noch vor wenigen Monaten ganz anders eingelassen und hat gesagt: Als diese Herren aus dem Kanzleramt und den Bundesministerien - Herr Hanning, der heute Staatssekretär ist, Herr Ziegler aus dem Bundesforschungsministerium und zwei Herren aus dem Bundesinnenministerium - an dem Gespräch in Hannover bei der BGR teilgenommen haben, war allen im Raum klar, dass es sich um eine Weisung handelte. Entsprechend wurde das umgesetzt.

Meine Damen und Herren, dabei ging es nicht um Randnotizen. Da ging es nicht um didaktische Anmerkungen, als es um den Standort Gorleben ging. Dort hat man in der Substanz verändert. Das ist ganz eindeutig nachgewiesen. Dort hat man z. B. Hinweise auf Verbindungen zum Grundwasser beseitigt. Dort hat man am Ende gesagt: Die Eignungshöffigkeit ist voll bestätigt. - In der Ursprungsfassung hieß es: Die Bewertung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. - Hier hat man nach Strich und Faden manipuliert, meine Damen und Herren, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Die Atomkraft und das, was Sie hier von sich geben, ist die Geschichte einer Lüge,

(Björn Thümler [CDU]: Schon wieder dieses Wort! Das geht nicht!)

bei der CDU und FDP immer wieder behaupten: Atomkraft ist sicher. - Ich sage Ihnen: Spätestens nach Tschernobyl, spätestens nach der Asse ist diese Lüge erkannt. Sie werden in diesem Land niemanden mehr damit überzeugen.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Ministerpräsidenten fragen, ob er bereit ist, auf die Fragen zu antworten, die ich ihm heute Morgen gestellt habe.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, wenn der Minister dabei bleibt und das auch gegenüber den Kollegen seiner eigenen Fraktion gilt, dann hat zunächst Herr Dürr das Wort. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Wort noch einmal ergriffen, weil mich allmählich eines stört, Herr Kollege Wenzel: Sie tun so, als hätten die Grünen mit alledem - beim Thema Asse, worüber wir hier im Landtag im Untersuchungsausschuss und auch heute Morgen im Umweltausschuss gesprochen haben - überhaupt nichts zu tun. Sie tun so, als ob es immer die anderen waren. Ich glaube übrigens - vielleicht können wir da irgendwann einer Meinung werden -, dass es die Menschen weniger interessiert, was sich Politiker gegenseitig vorwerfen, sondern dass sie an Lösungen, insbesondere beim Thema Asse, interessiert sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unabhängig davon tun Sie regelmäßig so, Herr Kollege Wenzel, als ob die Grünen damit überhaupt nichts zu tun haben. Wir haben freundlicherweise die Akten aus dem Bundesumweltministerium übersandt bekommen, freundlicherweise auch die Akten aus der Zeit, als ein gewisser Jürgen Trittin - der heute übrigens Spitzenkandidat Ihrer Bundespartei zur Bundestagswahl in diesem Jahr, am kommenden Sonntag, ist - von 1998 bis 2005 Bundesumweltminister war. Da schreibt der SPD-Ortsverein Remlingen - Vorsitzender war Carsten Kirsch, die stellvertretende Vorsitzende war, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, die Kollegin Wiegel, die mittlerweile für die SPD im Untersuchungsausschuss hier in Hannover arbeitet - an den Bundesumweltminister: Sehr geehrter Herr Minister Jürgen Trittin, wir halten es für notwendig, ein Gespräch über Schacht Asse II mit Ihnen, Frau Ministerin Bulmahn und Vertretern aus dem Asse-Gebiet zu führen. - So weit erst einmal.

Dann wird man ja denken, der grüne Bundesumweltminister springt sofort drauf und setzt sich mit

diesen Leuten zusammen. Stattdessen gibt es in Bezug auf diese Anfrage folgenden Vermerk aus seinem Haus: Da das BMBF - Frau Bulmahn - zuständiges Ressort für das Forschungsbergwerk Asse ist und im Zuge der im BMU durchgeführten Aufgabenkritik die vom Referat RS III 2 bis dahin wahrgenommene Verfolgung der Entwicklung des Forschungsbergwerkes Asse entfallen ist, wird vorgeschlagen, den SPD-Ortsverein Remlingen über die Zuständigkeit des BMBF zu informieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Jürgen Trittin hat das Thema Asse im BMU damals abgeschafft! Das ist die ganze Wahrheit!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dann gibt es einen Antwortentwurf von den Fachleuten des Hauses, in dessen Kopfzeile „Jürgen Trittin, Bundesminister, MdB“ steht. Das Ganze ist durchgestrichen, darunter wurde geschrieben „LMB-Kopf“. Der Minister wollte diesem Ortsverband der SPD nicht einmal antworten, sondern hat es seinen Leiter des Ministerbüros tun lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist Jürgen Trittin - Atompolitik in Deutschland!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren! Nächster Redner ist Herr Minister Sander. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Herr Wenzel, ist das Ihr Manuskript, das hier noch liegt?

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Nein! Das ist das von Herrn Bäumer! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Herr Wenzel liest nicht vom Manuskript ab!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn ich es wiederhole - lassen Sie mich das voranschicken -: Die Niedersächsische Landesregierung setzt auf einen Energiemix. Dieser Energiemix besteht aus hoch effizienten, möglichst wenig CO_2 erzeugenden Kohlekraftwerken in Verbindung mit einer Kraft-Wärme-Kopplung, aus Gaskraftwerken, aus erneuerbaren Energien und - solange wir die anderen Energieträger, insbesondere die Kernenergie als Brückentechnologie, noch nicht ersetzen können - auch aus der Kernenergie.

Meine Damen und Herren, ich erkläre auch, glaube ich, nicht nur für die Landesregierung: Wir benötigen keine neuen Kernkraftwerke in Niedersachsen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will das, glaube ich, erweitern; denn Sie unterstellen der zukünftigen Bundesregierung - ab Montag -

(Zuruf von der SPD: Da sind Sie nicht dabei!)

dieses Märchen, dass es dort irgendwelche Kräfte gebe, die neue Kernkraftwerke wollten. Das ist absolut falsch.

Sehr geehrter Herr Wenzel, Herr Dürr hat es eben schon einmal darzustellen versucht - ich wundere mich, dass Ihr Gedächtnis so schlecht entwickelt ist, eben ein Kurzzeitgedächtnis -: Sie hätten doch all das in der Vergangenheit bewirken und machen können, was Sie heute fordern! Sie wissen: Für den Bereich der Asse und für den Bereich Gorleben ist der Bund zuständig. Das Land ist einzig und allein Planfeststellungsbehörde.

Dann komme ich zu einem Punkt, an dem ich nachdenklich werde. Heute höre ich, dass nach mehrfach wiederholter Aufforderung, endlich ein Schließungskonzept für die Asse vorzulegen, Herr Gabriel auf einmal sagt: Ja, der Optionenvergleich ist mehr oder weniger abgeschlossen, ich werde ihn am 2. Oktober vorstellen.

Meine Damen und Herren, daran sehen Sie schon: Vertuschen, möglichst verschieben und dann Entschuldigungen finden, so ähnlich wie bei seinem Artikel, an dem ja auch Herr Jüttner beteiligt war, als sie 1993 in der Asse waren und es dort um toxische Abfälle ging. Herr Gabriel hat damals vorgeschlagen, die Forschung in diesem Bereich auch noch mit aufzunehmen. Diese Akte war auch nicht da. Ich gehe aber davon aus, dass Herr Gabriel am Montag beim Aufräumen noch einige Akten aus seiner Zeit finden wird, die er uns jetzt noch nicht zur Verfügung stellen kann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist nicht hinnehmbar. Ich fordere Herrn Gabriel auf, insbesondere den Menschen im Bereich Wolfenbüttel zu sagen, welche der drei Optionen er befürwortet oder ob dort eine Mischlösung vorgesehen ist, und zwar vor der Bundestagswahl und nicht erst nach der Bundestagswahl.

Ich sehe auch an der Reaktion der Asse-Begleitgruppe, dass die Menschen schon misstrauisch geworden sind.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Spielen Sie nicht mit den Ängsten der Menschen!)

Es ist schön, dass Frau Wiegel heute wieder da ist und das auch miterlebt, weil sie ihm nämlich auch nicht mehr glaubt. Sein Lügengebäude fällt irgendwann zusammen. Er hat es zu früh aufgebaut und hält es in den letzten Tagen nicht mehr durch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Herr Wenzel, alle G-8-Staaten außer der Bundesrepublik Deutschland halten an der Kerntechnologie fest.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Meyer?

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Wo ist er? - Ach da. Ja, diesem Meyer ja.

(Heiterkeit - Wolfgang Jüttner [SPD]: Der gute Meyer!)

Rolf Meyer (SPD):

Vielen Dank, Herr Minister. - Vor dem Hintergrund, dass wir heute Morgen eine außerordentliche Sitzung des Umweltausschusses hatten und Sie sich hier im Moment sozusagen als Aufklärer gerieren, frage ich Sie, ob es Ihnen - anders als den Mitarbeitern aus Ihrem Haus - möglich ist, heute zu erklären, wie viel Plutonium in den vergangenen Jahren an EURATOM gemeldet worden ist. Wir wissen ja, dass es diesbezüglich sehr große Unterschiede gab. Sie haben gesagt, Sie wüssten das alles und könnten uns aufklären. Um diese Antwort würde ich Sie bitten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Kollege Meyer, ich wüsste nicht, dass ich in den letzten zwei, drei Minuten gesagt hätte, dass ich Ihnen die Frage beantworten könne, wie viel Plutonium dort liegt. Ich habe Herrn Gabriel eben lediglich aufgefordert, den Optionenvergleich so schnell wie möglich zu veröffentlichen und den Menschen in der Region Wolfenbüttel/Braunschweig klaren Wein einzuschenken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was Herr Gabriel in der Frage Asse in den letzten acht Wochen getan hat, hat den Menschen in dieser Region geschadet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe mit Unternehmen gesprochen, ich habe mit Bürgern gesprochen. Man darf gar nicht sagen, welche Gefahren dort unter Umständen auch für den Export entstehen können. Wir haben den Landrat gebeten, auf Herrn Gabriel etwas mäßigend einzuwirken, damit er den Menschen in der Region nicht schadet. Daran, ob das gelingt, Herr Jüttner, habe ich ab und zu meine Zweifel.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, bei dem wir es wieder mit einem typischen Gabriel zu tun haben. Wir haben am letzten Mittwoch vom Bundesumweltministerium die Mitteilung bekommen, dass in Holland in Borssele ein neues Kernkraftwerk gebaut werden soll, 250 km von der niedersächsischen Grenze entfernt. Das Umweltministerium hat uns aufgefordert, uns an der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen. Ich hätte von Herrn Gabriel erwartet, dass er in der Vergangenheit auf europäischer Ebene für ein Energiekonzept eingetreten wäre, damit er seine Vorstellungen auch hätte durchsetzen können. Er ist aber auf europäischer Ebene wie auf deutscher Ebene voll und ganz gescheitert.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Wenzel, da können Sie den Kopf schütteln - wir brauchen ein Energiekonzept, und zwar auf nationaler und auf europäischer Ebene.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Nicht so aufregen!)

- Doch! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll man sich bei dieser Frage und angesichts der Probleme, die wir in der Wirtschaft haben, nicht aufregen? Die Energiefrage entscheidet über den Wohlstand in den nächsten 10 oder 20 Jahren. Wenn wir heute nicht gut aufgestellt sind, dann versündigen wir uns an unseren Enkelkindern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zu Gorleben will ich noch eines sagen. Herr Gabriel hat gesagt, Gorleben sei politisch tot. Ich weiß gar nicht, wie Politiker sich anmaßen können, aus ihrer politischen Erkenntnis heraus zu sagen, Gorleben sei tot. Nach Auffassung der Landesregierung muss Gorleben zu Ende erkundet werden, und das Ergebnis muss dann von internationalen Experten ergebnisoffen beurteilt werden. Erst dann kann auch politisch eine Entscheidung fallen. Diese Entscheidung muss allerdings im Bundestag fallen. Wenn sich ergibt, dass Gorleben als Standort nicht geeignet ist, muss ein neuer Standort gesucht werden.

Herr Wenzel, Herr Trittin hat einmal eine weiße Deutschlandkarte erstellt - so ein Blödsinn -, auf der es gar keine Kernenergie gab. Nachdem der AkEnd ihm Vorschläge gemacht hat, unter Umständen auch andere Standorte - auch oberflächliche, nicht in der Tiefe liegende Standorte - zu untersuchen, hätte er dies doch tun können. Herr Gabriel hätte es ebenfalls tun können.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit schon überschritten haben.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Herr Präsident, gestatten Sie mir noch einen abschließenden Satz. Herr Wenzel - Herr Jüttner war heute ja ganz ruhig; das hängt vielleicht mit den Entscheidungen nach der Wahl in der SPD-Fraktion zusammen -, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich biete Ihnen an, dass wir nach der Bundestagswahl gemeinsam versuchen, zur Sachlichkeit in der Diskussion zurückzukommen und eine Lösung im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder zu finden.

Danke.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Der nächste Redner ist Herr Kollege Jüttner von der SPD-Fraktion. Bitte!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Nutzung der Atomenergie war ein schwerwiegender technologischer Fehler, der nur begangen werden konnte, weil er von einer Vielzahl von Lügen begleitet war. Das ist die Ausgangslage.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daraus erwächst für uns die Pflicht zum schnellstmöglichen Ausstieg. Deshalb der Atomkonsens. Es bleibt aber die politische Verantwortung, für ein sicheres Endlager einzutreten. Was nicht geht, ist, dass bei diesem brisanten Thema Fragen der Kosten, die bereits angefallen sind - vielleicht sogar unter dubiosen Umständen -, die Entscheidungsfindung für ein Endlager einengen. Das ist der Vorwurf, den wir erheben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ob es nun Merkel, Kauder oder wer auch immer sagt: Die 1,5 Milliarden, die in Gorleben verbaut wurden, wurden als Grund dafür angeführt, dass dieser Standort jetzt durchgesetzt werden muss. Damit sind wir nicht einverstanden.

(Beifall bei der SPD)

Meine zweite Anmerkung in diesem Zusammenhang richtet sich an die CDU in der Großen Koalition in Berlin. Warum ist denn nicht umgesetzt worden, was in der Koalitionsvereinbarung verabredet worden ist und was Herr Gabriel auf den Weg bringen wollte, nämlich dass ergebnisoffen gesucht wird? Ihre Freunde in Bayern und Baden-Württemberg haben alles unternommen, um diese ergebnisoffene Erkundung zu unterbinden. Das akzeptieren wir nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schließlich will ich noch einen Blick nach vorn werfen. Sie erzählen immer, Atomstrom sei kostengünstig. Ich verweise hier auf die Untersuchung von Greenpeace, die erst wenige Wochen alt ist. Danach sind 150 Milliarden oder mehr an Subventionen in die Entwicklung und Durchsetzung der Atomenergie geflossen. Die Atomenergie ist subventionsfrei überhaupt nicht profitabel und nicht wettbewerbsfähig. Das ist die tatsächliche Situation.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wer kostengünstig sein will, muss Zukunftsfähigkeit herbeiführen.

Abschließend will ich noch das Argument anführen, das meines Erachtens das zentrale Argument für Niedersachsen ist: Wie kann ein Ministerpräsident dieses Bundeslandes den Großkonzernen der Energiewirtschaft die Hand reichen und ihre Interessen sichern zulasten der Investitionstätigkeit der großen Unternehmen, die im Bereich der regenerativen Energien in Niedersachsen vorankommen wollen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ihre sogenannte Brückentechnologie verhindert den Umstieg in regenerative Energien. Sie ist ein Schlag gegen den Klimaschutz und gegen die dynamische Entwicklung von Beschäftigung in Niedersachsen. Das ist unser Vorwurf.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Detlef Tanke [SPD]: Endlich mal ein Sachbeitrag! - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Da muss er selber lachen!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, wollen Sie sich austauschen? - Dann kann ich die Sitzung für einen Moment unterbrechen.

Meine Damen und Herren, zu diesen beiden Anträgen zur Aktuellen Stunde liegen mir weitere Wortmeldungen nicht mehr vor.

Ich möchte aber noch auf etwas aufmerksam machen, meine Damen und Herren. Eine Fraktion hier im Haus hat Karten mit der Aufschrift „Alles Lüge“ auf den Tischen liegen. Das steht im Titel eines Antrags zur heutigen Aktuellen Stunde, weil es aus der *Zeit* zitiert worden ist. Wenn Sie dieses Schild allerdings nach der Rede eines Ministers oder eines Kollegen hochhalten, dann werde ich Ihnen dafür einen Ordnungsruf erteilen. Ich wollte Sie einmal darauf hinweisen, dass das die Folge wäre.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1 d** auf:

Ein Jahr nach der Lehman-Brothers-Pleite: Was hat die Landesregierung daraus gelernt? - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1656

Die erste Rede dazu wird von Herrn Dr. Sohn von der Fraktion DIE LINKE gehalten. Bitte schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne mit der Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat, das ich dann auch vorlese. Es lautet: Wir haben eine lange Tradition, zusammenzustehen, wenn die Zeiten rauer werden. Wir sind auf der richtigen Spur. - Die Frage ist nun: Ist dieses Zitat von Angela Merkel oder vielleicht von Christian Wulff? - Beides falsch. Dieses Zitat stammt vom 10. September 2008 vom damaligen Chef von Lehman Brothers. Fünf Tage später, morgens halb eins, war die Bank pleite. Mag sein, dass die eine oder andere Analogie zu Angela Merkel und Christian Wulff - betrachtet mit Ihren Aussagen zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise - durchaus naheliegt.

Nun weiß mindestens Herr Stratmann als zuständiger Minister für Hochschulen, dass man bei der Analyse komplexer Zusammenhänge sehr sorgfältig zwischen Ursachen und Symptomen unterscheiden muss. Wenn man dies tut, wird klar, glaube ich, dass die Pleite von Lehman Brothers vor allem Symptom für die weltweite Wirtschaftskrise und nicht etwa die Ursache war.

(Beifall bei der LINKEN)

Die eigentliche Ursache war nämlich das gravierende Ungleichgewicht der Weltwirtschaft. Sie wissen, dass nach der Pleite von Lehman Brothers die unmittelbaren Auswirkungen auf Deutschland zum Glück begrenzt waren. Betroffen waren ungefähr 30 000 Kunden, 3 000 davon in Niedersachsen. An dieser Stelle ist, glaube ich, ein deutliches Lob für die Sparkasse Hannover angebracht, die - Sie haben es der Presse entnommen - ihren Tausend betroffenen Kunden jetzt angeboten hat, einen 75-%- bzw. 50-%-Schnitt zu machen. Das ist ein auch im Vergleich zu den Privatbanken, die sich in dieser Frage knauserig und kleinkariert gezeigt haben, sehr hervorragender Schritt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das beweist übrigens einmal mehr, dass die öffentlichen Banken - vor allem die Sparkassen - ein ruhender Pol in diesen unruhigen finanzpolitischen Zeiten sind.

Was hat nun die Landesregierung aus alledem gelernt? - Wir erkennen an: Sie hat ihr Bekenntnis zu den öffentlichen Banken bekräftigt. Sie hat auch